



Dr. Joe Weingarten (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisabgeordneter Bad Kreuznach/ Birkenfeld
joe.weingarten@bundestag.de

Dr. Joe Weingarten, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An die SPD-Mitglieder mit vorliegender
E-Mail-Adresse im
Bundestagswahlkreis 200
(Bad Kreuznach/Birkenfeld)
Per Mail

Wahlkreisbüro Idar-Oberstein:
Hauptstraße 404
55743 Idar-Oberstein
Telefon: +49 (0) 6781 508 9233
joe.weingarten.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bad Kreuznach:
Beinde 50
55543 Bad Kreuznach
Telefon: +49 (0) 6781 508 9233
joe.weingarten.wk@bundestag.de

Berlin, 22.03.2025
Anlagen: -

Bericht aus dem Deutschen Bundestag

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit diesem letzten Wahlkreisbericht verabschiede ich mich von Euch als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Bad Kreuznach-Birkenfeld. Es hat mir immer viel Freude gemacht, Euch meine Sicht über die Vorgänge, Themen und Entwicklungen in Berlin zu schildern und ich habe stets viel positive Rückmeldung für diese Berichte bekommen. Habt vielen Dank für dieses Feedback und für die vielen Fragen und Anregungen, die ich in den letzten fünf Jahren von Euch bekommen habe. Da wird mir vieles künftig fehlen!

Ich will allen, die die SPD und mich im Bundestagswahlkampf aktiv unterstützt haben, herzlich danken! Wenn ich dabei Michael Simon, den Kreisvorsitzenden im Kreis Bad Kreuznach, Franziska Staudt, die Ortsvereinsvorsitzende von Simmertal, und Angelina Huber, die Ortsvereinsvorsitzende des OV Schwollbachtal, hervorhebe, dann weil sie wirklich – gemeinsam mit Christina Bleisinger und Doro – immer da waren, wenn sie gebraucht wurden und wirklich große Unterstützung gegeben haben.

Ich will aber auch den Ortsvereinen und Gemeindeverbänden grundsätzlich danken, die mit mir über die Jahre hinweg zusammen gearbeitet haben und die das auch im Wahlkampf getan haben. Auch den vielen Verantwortungsträgern in der Partei, von den Landtags-Kollegen Michael Simon und Markus Stein, bis hin zu Staatssekretär Dr. Denis Alt und den kommunalen Verantwortungsträgern wie den Kreisbeigeordneten Oliver Kohl und Bruno Zimmer und unseren Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeistern. Ihnen allen, aber auch vielen Genossinnen und Genossen ohne Amt und Mandat sei herzlich gedankt: Die Zusammenarbeit mit ihnen und die Gespräche, Feste und Veranstaltungen, die wir zusammen besucht und gestaltet haben, waren für mich eine große Bereicherung und wir haben auch viel Gutes zusammen erreicht.

Aber es ist im Wahlkampf auch deutlich geworden, wo wir unsere Schwächen haben: vor allen in den Städten und in jenen Bereichen des Kreises Birkenfeld, die früher einmal



Hochburgen gewesen sind. Hier war, das müssen wir für künftige Wahlkämpfe im Auge behalten, die CDU uns materiell und personell zu jedem Zeitpunkt des Wahlkampfes überlegen.

Über das Wahlergebnis vom 23. Februar und wie es zustande gekommen ist, will ich jetzt gar nicht ausgiebig diskutieren. Ganz offensichtlich haben CDU und CSU im Wahlkampf den Menschen in etlichen Bereichen die Unwahrheit gesagt und müssen das jetzt korrigieren und auf Positionen der SPD einschwenken. Aber wir haben auch Fehler gemacht: ich habe schon vor der Wahl deutlich gemacht, dass ich es für einen Fehler gehalten habe, nochmals mit Bundeskanzler Olaf Scholz als Spitzenkandidaten anzutreten.

Und schon nach der letzten Europawahl 2024 habe ich dargelegt, welcher großer Fehler es war, dass sich die SPD von der Lebenswelt der normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in vielen Bereichen verabschiedet hat und die Themen, die die Menschen bewegen – Lebenserhaltungs- und Energiekosten, Mieten, Arbeitsplatzunsicherheit, Überfremdung – nicht ernsthaft adressiert hat. Dass heute mehr Menschen in Deutschland AfD wählen als SPD, ist eine unmittelbare Folge davon. Dass der Vorsprung der Rechtspopulisten gerade bei den Arbeitern noch deutlicher ist, ist ein riesiges Warnsignal.

Alle Beteuerungen, dass die SPD ein „Bollwerk gegen rechts“ ist, sind dabei weitgehend ins Leere gegangen: Die allermeisten Menschen, die ich im Wahlkampf erlebt habe, haben vor den Grünen im Bund und vor den Auswüchsen einer völlig aus dem Ruder gelaufenen Migrationspolitik mehr Angst als vor der AfD oder der Wende nach rechts.

Das heißt nicht, dass wir davor kapitulieren müssen: Rassismus, Nationalismus, Sündenbock-Politik und die Vorstellung von einer einheitlichen Gesellschaft, in der jede Individualität und jedes Abweichen von einer politisch vorgegebenen Norm verdächtig ist, müssen immer unseren nachdrücklichen Widerspruch finden. Rechts ist keine Lösung und keine Alternative für unser Land.

Aber die Themen, die die Rechtspopulisten ansprechen, sind nicht erfunden. Und da muss die SPD Antworten finden, die den Menschen das Gefühl geben, dass wir wirklich Antworten haben und nicht nur herumschwafeln. Ich weiß, dass meine Haltung zu manchen Themen nicht von allen von Euch geteilt werden, aber bei zwei Themen bin ich sicher: Wenn die SPD nicht für eine klare Regulierung der Einwanderung eintritt, wird sie die Kontakt zu den „kleinen Leuten“, die wir immer vertreten wollen, nicht mehr finden. Nach Europa und nach Deutschland darf nur herein kommen, wer seinen Namen angibt und seine Herkunft belegen kann und hier darf nur bleiben, wer bereit ist, sich an die Regeln zu halten und für seinen Lebensunterhalt zu arbeiten.

Und letzteres gilt nicht nur für Zugewanderte: Auch wer hier geboren wurde, hat die Verpflichtung, für seinen Lebensunterhalt selbst zu sorgen, wenn das irgend möglich ist. Wer das nicht tut, hat aus meiner Sicht keinen Anspruch auf Unterstützung.



Ich hoffe, dass diese beiden Prinzipien von der SPD auch in den laufenden Koalitionsverhandlungen nicht zur Seite gedrängt werden, sonst wird es bei weiteren Wahlen auch finster werden.

Aber es gibt auch gute Nachrichten: In der vergangenen Woche ist der „alte“ Bundestag noch einmal zusammengetreten. Dabei haben wir die Reform der Schuldenbremse auf den Weg gebracht und ermöglichen Investitionen von historischer Dimension. Gemeinsam mit den Grünen senden SPD und CDU/CSU damit ein wichtiges Signal. Die Einigung war nicht einfach, aber wir haben Brücken in der demokratischen Mitte gebaut: für mehr Sicherheit, bessere Infrastruktur und mehr Klimaschutz.

Die Bundeswehr wird weiter gestärkt durch eine gesicherte Finanzierung. Ausgaben, die dort ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) übersteigen, werden nicht auf die Schuldenbremse angerechnet. Das gilt auch für den Zivil- und Bevölkerungsschutz, die Cybersicherheit, die zusätzliche militärische Unterstützung für die Ukraine und die Nachrichtendienste.

Zudem wird die Schuldenbremse der Länder gelockert. Die Länder bekommen künftig wie der Bund einen Verschuldungsspielraum in Höhe von 0,35 Prozent des BIP. Das stärkt die Investitionsmöglichkeiten vor Ort für Schulen, Kitas, Schwimmbäder und vieles mehr. Um die Mittel zielgerichtet und effizient zu investieren, soll die Bürokratie abgebaut, der Staat modernisiert und die Verwaltung weiter digitalisiert werden. Das ist eine gute Perspektive.

Es gibt ein Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz über 500 Milliarden Euro für die nächsten zwölf Jahre für Bund, Länder und Kommunen. Auch in Rheinland-Pfalz werden wir davon profitieren. Dabei wird dem Klimaschutz besondere Bedeutung beigemessen, 100 Milliarden Euro sind für den Klima- und Transformationsfonds vorgesehen. Das ist das größte Infrastrukturprogramm in Deutschland seit jeher.

Ob die Koalitionsverhandlungen so positiv weitergehen, kann ich im Moment noch nicht beurteilen. Ich wünsche es mir aber für die Menschen in unserem Land.

Ich danke Euch für die Unterstützung in den letzten Jahren und wünsche Euch, persönlich, in Euren Berufen und politischen Tätigkeiten, Glück, Zufriedenheit und Erfolg. Doro und ich hoffen, viele von Euch bei privaten oder öffentlichen Terminen wieder zu sehen. Bleibt standhaft und fröhlich!

Herzliche Grüße!

Euer Joe

Dr. Joe Weingarten, MdB